

A12NEU 12. Kapitel: Sicherheit und Ordnung

Antragsteller*innen:

1774 Kapitel Sicherheit und Ordnung

1775 Der Wunsch der Bürger*innen nach Sicherheit hat an Bedeutung gewonnen –
1776 unabhängig von der aktuell deutlich verbesserten Sicherheit. In der aktuellen
1777 Stimmungslage werden schnell Maßnahmen wie Videoüberwachung oder eine
1778 Verschärfung des Strafrechts gefordert – ohne Berücksichtigung der Wirksamkeit,
1779 bestehender Gesetze und der Werte unseres Grundgesetzes. Wir GRÜNE verwehren uns
1780 gegen Schnellschüsse und vereinfachende Antworten. Wir setzen auf angemessene
1781 und verhältnismäßige Maßnahmen, die nachhaltig wirken, und auf den Schutz
1782 unserer Grund- und Bürgerrechte. Wir wollen mehr Sicherheit, aber nicht auf
1783 Kosten unserer Freiheit.

1784 Sicherheit und Sicherheitsgefühl

1785 Sicherheitsgefühl stärken, Angsträume auflösen

1786 Es ist Aufgabe des Staates Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten – wissend,
1787 dass es absolute Sicherheit nicht geben kann, noch dass sie mit ihren
1788 Konsequenzen erstrebenswert wäre. Neben der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung
1789 ist auch die gefühlte Kriminalitätsbelastung von Bedeutung. Der Staat muss
1790 sicherstellen, dass der öffentliche Raum den Menschen zur Verfügung steht. Wenn
1791 dieser aber als unsicher wahrgenommen wird, wird er von der Bevölkerung nicht
1792 genutzt und steht ihr faktisch nicht zur Verfügung. Daher wollen wir GRÜNE für
1793 einen lebenswerten und sicheren öffentlichen Raum sorgen. Die Stadtplanung muss
1794 die Entstehung von Angsträumen vermeiden. Wo diese Angsträume bereits bestehen,
1795 wollen wir durch eine bessere Beleuchtung, die Schaffung von Sichtverbindungen
1796 sowie verbesserte Wegebeschilderungen das Sicherheitsgefühl erhöhen. Zum
1797 öffentlichen Raum zählen für uns auch die Bereiche des öffentlichen
1798 Personennahverkehrs (ÖPNV). Wir GRÜNE wollen den ÖPNV ausbauen, gerade bezogen
1799 auf die Abend- und Nachtstunden, um allen Menschen einen sicheren Heimweg zu
1800 ermöglichen. Wo ein Ausbau des regulären ÖPNV nicht möglich oder leistbar ist,
1801 wollen wir Ersatzmöglichkeiten schaffen, wie das von uns initiierte
1802 Frauennachttaxi.

1803 Gut ausgebildete Polizeikräfte statt Videokameras

1804 Videokameras helfen im Normalfall nicht, Kriminalität zu verhindern, sondern
1805 führen oft nur zu einer Verdrängung an andere Orte. So ist der Bahnhofsvorplatz
1806 seit vielen Jahren überwacht, aber eine Besserung der Situation hat sich nicht
1807 eingestellt. Die versprochene neue Form der intelligenten Videoüberwachung
1808 funktioniert nicht. Wir GRÜNE setzen statt auf Videoüberwachung auf
1809 Polizeistreifen, die zu Fuß oder per Fahrrad unterwegs und damit ansprechbar
1810 sind. Diese können sofort einschreiten und sind damit die weitaus bessere
1811 Alternative. Dort, wo es wiederholt zu schweren Straftaten wie Gewaltdelikten
1812 kommt, kann eine temporäre Videoüberwachung als Ergänzung Sinn machen. Eine
1813 dauerhafte oder großräumige Videoüberwachung unbescholtener Bürger*innen lehnen
1814 wir jedoch ab. Es ist die Aufgabe der Polizei, die Sicherheit der Bürger*innen
1815 zu gewährleisten und sie vor Straftaten zu schützen. Die kommunalen
1816 Ordnungskräfte, die von der Stadt ergänzend eingesetzt werden, haben nur
1817 begrenzte Kompetenzen und können die Polizei nicht adäquat ersetzen. Solange
1818 dieser Ordnungsdienst benötigt wird, muss er angemessen qualifiziert werden. Wir

1819 GRÜNE setzen uns dafür ein, die Ausbildung aufzuwerten und noch stärker an der
1820 Polizeiausbildung auszurichten. Wir wollen, dass sich der Ordnungsdienst um
1821 relevante Störungen wie gefährdendes Parken bis hin zum Randalieren bei
1822 Trunkenheit kümmert, nicht aber z.B. Kinder von Wiesen und Brunnen vertreibt.

1823 Gestaltung des öffentlichen Raumes verbessern

1824 Wir GRÜNE wollen den öffentlichen Raum baulich so gestalten, dass sich dort alle
1825 wohlfühlen können, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Wir wollen
1826 durch kreative Lösungen Un-Orte umgestalten. Wir GRÜNE wollen Menschen
1827 ermutigen, ihre unmittelbare Nachbarschaft z.B. durch Urban Gardening und
1828 Straßenfeste mitzugestalten, zu beleben und aus der Anonymität zu holen. Denn
1829 wir sind überzeugt, dass eine gute Nachbarschaft einer der wichtigsten Beiträge
1830 zu mehr Sicherheit im Quartier ist. Ein großes Problem des öffentlichen Raumes
1831 sind auch parkende Autos. Vielfach versperren sie Wegeverbindungen und
1832 Sichtbeziehungen durch unberechtigtes Parken, oft ohne Konsequenzen. Auch wenn
1833 es notwendig wäre, findet ein Abschleppen oft nicht statt. Sogar
1834 Rettungseinsätze werden regelmäßig durch falsches Parken behindert. Die
1835 Verkehrsüberwachung muss daher dringend verstärkt werden und auch in den
1836 Stadtteilen präsent sein.

1837 Alkoholkonsum im öffentlichen Raum

1838 Ein Verbot von Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen wird immer wieder
1839 debattiert. Wir GRÜNE stehen dazu, dass es im öffentlichen Raum grundsätzlich
1840 erlaubt sein muss, Alkohol zu konsumieren, und dies nicht nur in den
1841 Außenbewirtungen oder bei Fasnacht oder Stadtfest. Dieses Recht soll allen
1842 gleichermaßen zustehen, unabhängig von finanzieller Situation, jungen
1843 Erwachsenen ebenso wie Älteren. Gleichzeitig müssen wir jedoch feststellen, dass
1844 dieses Recht an einzelnen Plätzen überbeansprucht wird und mit Ordnungsstörungen
1845 einhergeht. Wir GRÜNE wollen dies angehen und erwarten, dass die Polizei in
1846 solchen Fällen konsequent Platzverweise ausspricht. Komplette Verbotszonen
1847 brauchen wir in Mannheim jedoch nicht.

1848 Prävention vor Kriminalität

1849 Auch wenn die Kriminalität in Mannheim zuletzt deutlich gesunken ist, ist sie
1850 weiterhin zu hoch. Als GRÜNE wollen wir Kriminalität lieber von vornherein
1851 verhindern als sie später verfolgen zu müssen. Wir GRÜNE wollen die
1852 Präventionsarbeit ausbauen und schlagen hierfür u.a. eine gezielte Kampagne für
1853 mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum und mehr Zivilcourage vor, um das
1854 Verantwortungsgefühl der Menschen wieder zu aktivieren. Wir setzen auf eine enge
1855 Verzahnung des Hauses des Jugendrechts und des Jugendamtes, um Heranwachsende
1856 auf den richtigen Weg zu helfen. Präventionsarbeit bedeutet für uns nicht nur
1857 klassisch Aufklärungsarbeit und Streetwork, sondern auch bildungs-, jugend-,
1858 sozial-, wohnungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Eine Gesellschaft, die
1859 allen Menschen eine gerechte Teilhabe gewährleistet, erzeugt deutlich weniger
1860 Kriminalität. Die Anzahl von Schusswaffen in der Hand von Privatpersonen und in
1861 Privathaushalten ist nach wie vor deutlich zu hoch. Waffen stellen per se eine
1862 Gefahr dar. Als GRÜNE wollen wir die Anzahl von Waffen in Mannheim deutlich
1863 reduzieren. Wir wollen den Rhythmus der Waffenkontrollen verdichten und die
1864 Subventionierung der Waffenkontrollgebühren beenden. Wer Waffen privat
1865 aufbewahrt, soll die dadurch verursachten Kosten selber tragen.

1866 Gute Arbeitsbedingungen für Rettungskräfte

1867 In Notlagen sind wir neben der Polizei auf Feuerwehr und Rettungsdienste
1868 angewiesen. Diese leisten für unsere Gesellschaft unerlässliche Dienste, sei es
1869 im Hauptamt oder im Ehrenamt. Durch verbesserte Rettungsdienststrukturen mit
1870 eigener Leitstelle kann die Hilfeleistung in Mannheim zukünftig sichergestellt
1871 werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auch Ausrüstung, Fuhrpark und
1872 Gebäude von Feuerwehr und Rettungsdiensten Stück für Stück modernisiert und
1873 aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Ehrenamtliches Engagement in diesem
1874 Bereich werden wir weiter fördern.

1875 Opfer von Kriminalität besser unterstützen

1876 Oft dreht sich die Debatte nur um die Verhinderung und Aufklärung von Delikten.
1877 Die Opfer finden wenig Beachtung. Wir GRÜNE wollen die Opfer von Straftaten
1878 stärker unterstützen und setzen uns für eine bessere Finanzierung von
1879 Beratungsstellen ebenso wie von Frauenhäusern ein. Das Grundproblem der
1880 Finanzierung von Frauenhäusern kann nur überörtlich gelöst werden. Denn Frauen
1881 müssen oftmals ihren Heimatort verlassen, um sicher zu sein und dafür stellt
1882 Mannheim überproportional viele Plätze bereit. Gewalt gegen Frauen ist seit
1883 jeher ein Problem. Dieses wurde zuletzt auch deshalb ein politisches Thema, da
1884 viele Menschen zugewandert sind, die sozialisationsbedingt Schwierigkeiten mit
1885 unserem Verständnis der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau haben. Hier
1886 braucht es eine aktive Zusammenarbeit des Fachbereichs Demokratie und Vielfalt
1887 mit Migrantenvereinen. Das Problem sexualisierter Gewalt ist aber im selben Maß
1888 ein Thema für Einheimische wie für Zugewanderte. Wir GRÜNE werden
1889 Alltagssexismus thematisieren und Tabuthemen offen ansprechen. Die Stadt muss
1890 konsequent gegen sexistische Werbung im öffentlichen Raum vorgehen und ihre
1891 Mitarbeiter*innen, insbesondere im Bereich Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
1892 gezielt zu diesem Thema fortbilden. Wir schlagen eine regelmäßige Gesprächsrunde
1893 von Stadtverwaltung und Polizei mit den Betreiber*innen von Diskotheken und
1894 Festen vor, in der Themen wie sexuelle Übergriffe und Einsatz von KO-Tropfen
1895 behandelt werden.